



## **BBU-Pressemitteilung 12.11.2020**

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

# **Wird das Endlager für hochradioaktiven Müll im Münsterland errichtet? / „Fachkonferenz Teilgebiet Münsterland“ will sich einmischen**

(Münsterland, Bonn, 12.11.2020) Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, die im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) organisiert ist, hat vor dem Hintergrund der bundesweiten Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll eine erste Online-„Fachkonferenz Teilgebiet Münsterland“ durchgeführt. An der Fachkonferenz beteiligten sich Personen aus dem Münsterland, aber auch aus einigen Nachbarregionen. Auch BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz hat teilgenommen. Buchholz wohnt in Gronau in der Nähe der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage, neben der etwa 20.000 Tonnen Atommüll (abgereichertes Uranhexafluorid) gelagert werden. Die Ahauser Bürgerinitiative unterstützt er schon seit vielen Jahren. Seine Forderung: „Es darf kein weiterer Atommüll produziert werden. Daher müssen alle Atomkraftwerke und Uranfabriken sofort gestoppt werden.“

Hier eine Pressemitteilung der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ (von heute, 12.11.2020) zur Online-„Fachkonferenz Teilgebiet Münsterland“

## **Wird das Endlager für hochradioaktiven Müll im Münsterland errichtet? „Fachkonferenz Teilgebiet Münsterland“ will sich einmischen**

In einem ersten Schritt im Prozess der „Endlagersuche“ hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) große Teile des Münsterlandes sowie angrenzende Gebiete in Ostwestfalen und im südlichen Niedersachsen als potenzielle Standortregion ausgewiesen. Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ hat deshalb jetzt eine erste Online-„Fachkonferenz Teilgebiet Münsterland“ durchgeführt, zu der alle Interessierten eingeladen waren.

Ziel der Konferenz war, die staatlich beauftragten Akteure der Endlagersuche nicht unkontrolliert gewähren zu lassen, damit die Fehler der vergangenen 40 Jahre nicht wiederholt werden!

Eine solche kritische Begleitung durch alle betroffenen Bürger\*innen soll sachfremde politische Erwägungen bei der Standortwahl, etwa das Prinzip des „geringsten Widerstandes“, ausschließen.

Teilgenommen haben an der Konferenz 35 Menschen aus allen Kreisen des Münsterlandes, aber auch aus dem Osnabrücker Raum und Ostwestfalen. Außer Mitgliedern von Bürgerinitiativen waren darunter auch Mitglieder von Bundestag, Gemeinde- und Stadträten, Gemeindeverwaltungen und einige Bürgermeister, aber auch Geologen.

Für die nächste Zeit wurden folgende Zielsetzungen der Fachkonferenz entwickelt:

- Kritische Fragestellungen zum Thema zu entwickeln und sich auszutauschen,
- Fachleute/Sachkundige zur Mitarbeit/Unterstützung zu gewinnen, vor allem aus dem Bereich der Geowissenschaften,
- Den Schutz unserer Trinkwassergewinnung und die möglichen Auswirkungen des Klimawandels in die Standortdiskussion miteinzubeziehen,
- Annahmen und Thesen der BGE einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, um so theoretische Kriterien von technisch/wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen zu unterscheiden.
- die gesamten Überlegungen und Meinungsbildungsprozesse für die Öffentlichkeit transparent zu gestalten und alle Erkenntnisse dieser Konferenz und der Folgeveranstaltungen zu veröffentlichen.
- Weitere Interessierte für die Mitarbeit in der Fachkonferenz zu gewinnen.
- Erkenntnisse über Aktivitäten weiterer staatlicher und kommunaler Institutionen zum Thema Endlagersuche zu gewinnen und mit ihnen Kontakt aufzunehmen.

Die nächste Videokonferenz ist für Mitte Januar geplant.

+++++ +++++ +++++

Quelle und weitere Informationen:

<https://www.bi-ahaus.de>

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de>, <http://www.atommuellkonferenz.de>,

<https://bbu-online.de/Presse.htm>